

Botschafter John C. Kornblum: Herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Es freut mich sehr, gerade in diesen Tagen hier zu sein, um, wie Sie sagen, die Geschichte etwas eingehender zu diskutieren. Ich war in den Jahren vor der Wende zuerst in Berlin, als amerikanischer Gesandter, wo ich die Entwicklung sehr direkt, sehr hautnah betrachten konnte. In den Jahren 1989/90/91 war ich der stellvertretende Botschafter der Vereinigten Staaten bei der NATO. Da habe ich auch den Prozeß sehr direkt beobachten können. Wenn ich jetzt zurückblicke, scheint alles ein bißchen klarer und logischer gewesen zu sein, als es einem damals erschien. Um mich für heute vorzubereiten, habe ich ein bißchen in verschiedenen Memoiren gelesen. Wie man weiß, gibt es da verschiedene Versionen zu lesen. Doch es zeigt sich, im Nachhinein betrachtet, eine gewisse Vorhersehbarkeit des ganzen Prozesses, die damals noch nicht so klar war. Deshalb ist es sehr interessant und wichtig, verschiedene Gesichtspunkte jetzt zu diskutieren. Ich werde hier nicht versuchen, die Geschichte Revue passieren zu lassen, sondern habe drei Punkte ausgewählt, von denen ich glaube, daß sie sehr wichtig sind für den Prozeß, aber auch für die amerikanische Haltung diesem Prozeß gegenüber.

Erstens: Wir haben schon gesehen, auch in den Bemerkungen von Herrn Reiter, daß die deutsche Wiedervereinigung Teil eines größeren Prozesses war, der, wie er richtig sagte, in diesem Fall nicht in Deutschland angefangen hat, sondern in anderen Teilen Europas, der aber im Endeffekt auch viel weitere Implikationen gehabt hat als die Wiedervereinigung Deutschlands, siehe insbesondere das Ende der Sowjetunion.

Zweitens: Es ist, glaube ich, doch wichtig, die allgemeine Haltung der USA diesem Prozeß gegenüber darzulegen, weil sie vielleicht auch die jetzige und zukünftige Politik der USA verständlich macht, die natürlich auch weiterhin sehr wichtig sind für die Entwicklungen in Europa.

Drittens: Ich möchte ein paar Überlegungen anstellen über die strukturellen Entwicklungen, die damals von Bedeutung waren und noch heute von Bedeutung sind.

Zum ersten Punkt brauche ich mich nur sehr kurz zu fassen. Die Änderungen in der DDR, die schon weiter zurück in den 80er Jahren lagen, waren Teil des allgemeinen Niedergangs des Totalitarismus und Kommunismus in Europa, damit meine ich Solidarność. Ich war auch in Berlin, nebenbei gesagt, Anfang der 80er Jahre, als Solidarność hochkam, und ich glaube, das hat eine sehr wichtige Rolle gespielt. Aber die wirtschaftliche Schwäche dieses Systems, der mangelnde soziale Konsens und, wie wir jetzt im Nachhinein sehen, die Entwicklung des freien Informationsstromes, die Entwicklungen im Medienbereich haben doch auch eine Rolle gespielt. Immerhin waren wir zu Beginn der 80er Jahre an einen Punkt gelangt, wo die Teilung Europas und das kommunistisch/sozialistische System in Europa zunehmend unter Druck gerieten. In einigen Memoiren von DDR-Persönlichkeiten erfährt man, daß Anfang der 80er Jahre einige wußten, daß die DDR sich mindestens wirtschaftlich nicht werde halten können. Das war ein historischer Prozeß.

Wie verhielten sich die USA zu diesem Prozeß? Gerade in diesen Jahren gab es sehr viel Analysearbeit über die Rolle der USA in solchen Prozessen. Wir dürfen nicht vergessen, und ich sehe das als sehr wichtig an, ich habe so auch sehr energisch innerhalb der amerikanischen Regierung argumentiert, daß gleich vor dieser Phase eine andere sehr sehr dramatische Phase sich abgespielt hatte. Das war die Konfrontation über die Mittelstreckenraketen. Ich war damals, als diese Konfrontation hochkam, Leiter der Abteilung für Zentraleuropa im State Department. Wir haben natürlich sehr viele Debatten geführt und Analysen angestellt. Meine Meinung war – und ich glaube, wenn ich das sagen darf, daß ich recht hatte –, daß diese Konfrontation, geplant oder nicht, der letzte Versuch der Sowjetunion war, die politische Richtung in Europa zu bestimmen. Sie hoffte, durch diese Konfrontation vielleicht auch irgendwelche militärischen Optionen zu gewinnen, das weiß ich nicht, aber doch zumindest einen Kurs einzuschlagen in Richtung einer allgemeinen europäischen Sicherheitsstruktur, die nicht auf dem Westen, nicht auf den USA, nicht auf der NATO basierte. Ich lasse es bei dieser Beschreibung bewenden. In Westeuropa, auch in diesem Lande, haben damals viele die USA als Staat gesehen, der keine Änderung wollte, der wirklich nur die, wie ich jetzt sagen darf, pluralistisch/kapitalistischen Strukturen aufrechterhalten wollte. Es hat gleich vor der Wende, gleich vor dem Ende der Ost-West-Konfrontation eine Phase gegeben, in der gerade in diesem Lande, das muß man sagen, eine große Zahl von Menschen nicht nur in den sogenannten linken Parteien, sondern bis weit in die bürgerliche Mitte hinein Angst hatte, daß die USA zu stark auf die westliche Verteidigung aus seien. Ich erwähne das aus zwei Gründen. Erstens, weil ich glaube, daß diese Phase sehr bedeutsam war, und zweitens, um zu unterstreichen, daß, als die Phase der Wiedervereinigung begann, die USA überzeugt waren, daß Frieden und Stabilität in Europa nur aufrechterhalten werden können auf der Basis der westlichen Struktur, also NATO, EU und alles, was dazugehört.

Was bedeutete das für die Struktur in Europa? Es hat, es ist vielleicht schon einmal erwähnt worden heute morgen, als dieser ganze Prozeß begann, als die Mauer fiel, zwei große Denkschulen gegeben. Viele in Europa, auch enge Verbündete Deutschlands und ein bißchen auch die polnische Richtung, meinten, es solle Änderungen geben. Aber die deutsche Wiedervereinigung werde diese Änderungen wahrscheinlich unmöglich machen, sie komme zu schnell. Die meisten westeuropäischen politischen Führer haben so gedacht, natürlich auch die Sowjetunion. Es hat sehr viel Druck gegeben, langsamer und ruhiger voranzugehen, und sogar die Bundesregierung, wie wir wissen, hat zuerst von zehn Jahren, dann von fünf Jahren, dann von drei Jahren gesprochen. Man hat versucht, das Ganze so lange wie möglich herauszuzögern. Wenn man wie ich an den Diskussionen teilgenommen hat, auch jetzt in die Memoiren reinliest, kann man sehen, daß unsere amerikanische Politik damals mehr oder weniger genau der entgegengesetzten Meinung war, nämlich: daß die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa sehr destabilisiert waren und die einzige Möglichkeit, uns vor großen Konfrontationen zu schützen, darin be-

stand, die Sache in Ordnung zu bringen. Das hieß, zuerst stabilere Regierungen in Mittel- und Osteuropa, was dann auch passierte, und zweitens eine befriedigende Lösung des Vereinigungsprozesses. Ich sage es so. Ich will hier nicht behaupten, sofortige Wiedervereinigung, aber eine befriedigende Lösung, das heißt auf der Basis der Realitäten, der Bedürfnisse vor allem der Menschen in der DDR. Ich glaube, es dauerte nicht lange, bestimmt nicht länger als bis Januar/Februar 1990, bis unsere Leute meinten, daß das hieß: eine ziemlich zügige Wiedervereinigung. Das war die Politik, die wir befolgt haben. Das war natürlich auch sehr wichtig. Ich war gerade am Freitag und Sonnabend mit dem Bundeskanzler und Präsident Bush zusammen und habe da in den persönlichen Beziehungen zwischen den beiden gesehen, daß das auch eine sehr direkte und sehr persönliche Unterstützung des Bundeskanzlers durch Präsident Bush bedeutete, die zu einer gewissen Festigung seiner Politik geführt hat.

Hier liegt aber, so meine ich, eine Implikation für die amerikanische Rolle überhaupt in Europa. Unsere Leute haben diesen Prozeß natürlich auch im Rahmen der Interessen von anderen gesehen. Wenn wir meinten, daß eine Wiedervereinigung auch für die Erhaltung der Stabilität in Europa notwendig sei, so bedeutet das nicht, daß wir meinten, sie müsse einfach durchgezogen werden. An der Strategie, die wir befolgt haben, kann man sehen, daß wir wirklich versucht haben, die Interessen der verschiedenen Parteien zu wahren, auch zum Beispiel die der Sowjetunion. Es gab zwei wichtige Strategieentscheidungen, wenn Sie so wollen, Strategiepunkte, die ich hier kurz beschreiben möchte. Der erste kam sehr früh auf, ich war dabei, das passierte in Brüssel. Am 4. Dezember 1989 gab Präsident Bush eine Pressekonferenz nach einem NATO-Gipfeltreffen, wo er über sein Gipfeltreffen mit Gorbatschow auf einem Schiff im Mittelmeer berichtet hatte. Bush hatte die ganze Fülle der Gespräche mit Gorbatschow beschrieben, das war viel mehr als nur die deutsche Frage. Er hat aber Wert darauf gelegt, zu unterstreichen, wie positiv die Beziehung zu Gorbatschow war, wie positiv Gorbatschows Richtung und wie wichtig es war, Gorbatschow in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Er hat aber auch sehr direkt und namentlich Bundeskanzler Kohl unterstützt, so direkt sogar, daß nach den Bemerkungen von Bush Kohl gesagt hat, er glaube, es sei alles gesagt worden, und man könne jetzt zu Mittag essen. Das haben nicht alle so gesehen, und einige haben dazu noch gesprochen. Aber nachher gab Bush eine Pressekonferenz. Er trug vier Punkte vor, an denen man in Washington schon länger gearbeitet hatte und die noch vor der Pressekonferenz etwas retuschiert wurden. Das waren sozusagen die Prinzipien, denen, wie er meinte, der Prozeß der deutschen Wiedervereinigung folgen sollte. Ich werde sie hier kurz verlesen. Einmal, das gesamte deutsche Volk sollte sein Selbstbestimmungsrecht ausüben, egal, wie die Entscheidung ausfiel. Der wichtigste Punkt war die Selbstbestimmung, nicht irgendeine bestimmte Lösung des Problems. Zweitens, und das stellte sich nachher als sehr wichtig und sogar sehr umstritten heraus, die Wiedervereinigung müsse im Kontext von Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO und anderen europäischen Organisationen stattfinden.

Wir wissen, daß das bis heute etwas umstritten ist. Drittens, und das war auch wichtig für viele andere Teilnehmer, der Prozeß sollte schrittweise vorangehen, also nicht überstürzt, sondern es sollte einen Prozeß geben. Und viertens, auch wichtig für andere Teilnehmer, Polen ist eben erwähnt worden, der Prozeß sollte auf der Basis der Prinzipien von Helsinki stattfinden. Die Rechte von allen sollten also berücksichtigt werden. Diese vier Prinzipien waren so gemeint, und ich glaube, sie haben auch diese Rolle gespielt, sie bildeten eine Definition für den Prozeß. Punkt eins, die Art und Weise der Entwicklung innerhalb Deutschlands, sollte von den Deutschen selber entschieden werden. Just zu dieser Zeit gab es sehr viele Vorschläge, nicht nur von sowjetischer Seite: für eine große Viermächtekonferenz, wo das alles entschieden werden sollte, oder, noch schlimmer, wenn ich das sagen darf, für einen riesigen KSZE-Gipfel, wo ganz Europa das auspulen sollte. Bush hat sehr klar gesagt, was innerhalb Deutschlands passiert, solle von Deutschen entschieden werden. Ich glaube, das war ein sehr wichtiger Punkt. Punkt zwei, NATO, dazu brauche ich nicht viel zu sagen, das war das Fundament für die friedliche Entwicklung. Daß der Prozeß schrittweise vorangehen solle, das sollte den Interessen aller Rechnung zu tragen. Und der letzte Punkt, die Prinzipien von Helsinki, ist, glaube ich, auch klar. Die Botschaft war, es wird eine Wiedervereinigung geben. Wie gesagt, ich nahm teil an den Beratungen in jenen Tagen, und ich kann Ihnen klar sagen, daß das die Meinung des Präsidenten und seiner höheren Berater war, aber auch, daß die Wiedervereinigung Teil eines erweiterten Sicherheitssystems sein sollte.

Die Ereignisse danach sind schon sehr gut geschildert worden, wahrscheinlich hier auch heute. Die Änderungen erfolgten sehr schnell innerhalb der DDR, aber auch in Osteuropa. Im Februar 1990 war es bereits ziemlich klar, daß der Status quo sich nicht lange mehr werde halten können und Fortschritte gemacht werden mußten, damit der Vereinigungsprozess vorankam. Hier machten die USA offiziell einen weiteren Vorschlag, der, wie ich meine, den Prozeß zum Erfolg geführt hat. Das waren die Zwei-plus-Vier Verhandlungen; Herr Meckel kennt das sehr gut. Was haben sie erreicht? Sie haben erstens die zwei deutschen Staaten als volle Teilnehmer installiert. Es hieß „Zwei-plus-Vier“, Gorbatschow wollte „Vier-plus-Zwei“, es hieß „Zwei-plus-Vier“. Ich will hier nicht neue Debatten anfangen, Gorbatschow wollte es, vielleicht andere auch. Aber Zwei-plus-Vier bedeutete, daß die deutschen Staaten nicht nur das Objekt von anderen, sondern Subjekte waren. Sie waren ein Teil des Prozesses. Aber daß die Vier eine Rolle spielten, das war mein Gebiet für viele Jahre, Viermächterechte und -verantwortlichkeiten, war auch notwendig. Irgendein Schlußstrich mußte da gezogen werden, die Vier mußten irgendetwas tun. Wir hatten auf westlicher Seite uns so lange bemüht, diese Viermächterechte und -verantwortlichkeiten aufrechtzuerhalten, um unsere Position in Berlin zu stützen. Wir konnten nicht so agieren, als ob es sie nicht gäbe. Es mußte da ein Schlußstrich gezogen werden. Es gab einen sehr sehr langen und komplizierten Prozeß, aber im Endeffekt, glaube ich verkürzt sagen zu können, wurden die Interessen aller gewahrt. Bush hat eine wichtige Rolle gespielt in Bezug auf

die anderen führenden westlichen Persönlichkeiten, um sie auf der Linie zu halten, doch immer auch ihren Interessen Rechnung getragen. Das hat der Bundeskanzler auch Freitag und Sonnabend sehr klar gesagt und ferner, daß die Zusammenarbeit mit Gorbatschow ihm auch geholfen habe, daß dieser im Grunde, nachdem er alles eingesehen hatte, eine sehr konstruktive Rolle in diesem Prozeß gespielt hat.

Was heißt das nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft? Das heißt, daß auch jetzt in diesen Jahren, wo sich sehr viel bewegt, es die Vereinigten Staaten sind, die erstens die Distanz, auch die historische Distanz haben, die Entwicklungen in Europa mit einem gewissen, ich würde sagen, positiven Abstand zu betrachten. Zweitens, das haben wir in anderen Fällen in jüngster Zeit gesehen, daß es immer noch eines gewissen amerikanischen Managements in Europa bedarf, um die Strategie in eine klare Richtung zu bringen. Drittens natürlich – und hier ist ein Punkt, an dem mir ganz besonders liegt, weil ich in vielen Debatten über die Jahre darin verwickelt war –, daß die Vereinigten Staaten in Europa keine Status-quo-Macht sind, sondern die Macht, die positive Entwicklungen will in Europa gerade in den kommenden Jahren, in denen es, wie ich glaube, noch viel mehr Entwicklungen geben wird. Wir werden unsere Rolle spielen, und es wird eine sehr wichtige Rolle sein zugunsten positiver und dynamischer Änderungen auf dem Kontinent. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Botschafter Kornblum für Ihren Beitrag. Er zeigte, wie gut doch letzten Endes unser Vorschlag gewesen ist, den Versuch zu machen, das ist ja auch bei Herrn Reiter schon deutlich geworden, auf der einen Seite Experten, die sich wissenschaftlich mit der Thematik auseinandergesetzt haben, mit Insidern auf der anderen Seite zusammenzubringen. Gerade bei dem Beitrag von Herrn Kornblum wurde interessanterweise die Offenheit geschichtlicher Prozesse doch eigentlich sehr schön deutlich. Ich weise auf Folgendes noch einmal hin: Die beiden Herren Botschafter haben bis 15:00 Uhr Zeit, uns Rede und Antwort zu stehen. Wir haben bereits einige Meldungen vorliegen. Ab 15:00 Uhr können Sie dann weitere Fragen an die vier Referenten stellen, die heute vormittag ihre Beiträge geboten haben. Aber zunächst konzentrieren wir uns auf Herrn Reiter und Herrn Kornblum. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich in Ihren Wünschen nach Information ein wenig zügeln würden, das heißt, nicht gleich jedem zwei oder drei Fragen stellten, sondern sich so beschränken, daß diejenigen Herren der Kommission, die sich zu Wort gemeldet haben, die Möglichkeit haben, hier ihren Beitrag beziehungsweise ihre Frage anzubringen. Ich darf zunächst einmal verlesen, wir haben folgende Wortmeldungen: Als erster Herr Wilke, dann Herr Meckel und Herr Poppe, dann Herr Elm als Nummer vier, und Herr Faulenbach kommt dann als Nummer fünf in dieser ersten Runde an die Reihe. Bitte schön Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Botschafter Kornblum, ich lebte 1987 in West-Berlin und hatte gelernt, wie wichtig es war, daß die Soldaten mit dem